

FPÖ oder Opposition: SPÖ braucht Klarheit

Die SPÖ muss sich alle Eventualitäten nach der Wahl offenhalten – von den harten Bänken der Opposition bis zu einer Koalition mit den „Hetzern“ (Copyright: Exbundeskanzler und Parteivorsitzender Werner Faymann), den Freiheitlichen.

Roland Fürst

Vorweg: Dieser Kommentar ist kein Plädoyer für eine Koalition mit der FPÖ aus Sicht der SPÖ, sondern vielmehr ein Plädoyer für mehr Sozialdemokratie in und mit der SPÖ.

Schön langsam bröckelt die Front gegen die FPÖ-Ausgrenzungspolitik durch sozialdemokratische Politiker. Zuletzt forderte sogar der Wiener Bürgermeister Michael Häupl eine Mitgliederbefragung zur Causa prima. Leider sind die Mitglieder der SPÖ von der letzten Befragung bezüglich Ceta noch immer traumatisiert, sodass hier vorerst ein gehöriges Maß an Wiedergutmachung vonnöten sein wird, um das Vertrauen der Mitglieder wieder zu gewinnen.

Viele in der Partei fragen sich mittlerweile allerdings sowieso, warum man um diese Frage so einen Eiertanz aufführt. Selbst bei Intellektuellen innerhalb und außerhalb der Bewegung kann man hinter vorgehaltener Hand hören, dass eigentlich nichts gegen Rot-Blau spricht, wenn die politischen Inhalte stimmen, die mit einer ÖVP nie zur Umsetzung gelangen würden. Aber diese Frage ist nach wie vor mit einem riesengroßen Tabu belegt, und wer es verletzt, wird von den politisch Korrekten gnadenlos bestraft.

Die FPÖ-Doktrin ist ohnehin nur noch ein fast religiöses Festhalten einer entschlossenen Minderheit in der Partei, die zwar immer geringer wird, aber noch überproportional in den Gremien der Partei vertreten ist. Nicht die Plausibilität der Argumentation zählt in der Frage, sondern die Moral, die bei derartigen Fragen immer gewinnt.

Rote Machiavellis

Diese Tabuisierung ist aber ein Akt der Respektlosigkeit, weil sie dem anderen immer unterstellt, moralisch nicht gut zu sein. Auf inhaltliche Argumentationen oder auf einen konstruktiven Diskurs kann man dann auch bequem verzichten. Von diesem Mantra muss sich die SPÖ zur Gänze lösen, wenn sie nach der kommenden Nationalratswahl politisch irgendeine Bedeutung spielen will. Denn nach Niccolò Machiavelli heiligt der gute Zweck die Mittel,

weil durch unmoralische Mittel können moralische Zwecke gerechtfertigt werden.

In der Übersetzung würde das für die SPÖ bedeuten, dass sie sich aus der Geiselnhaft der ÖVP befreit, die nicht nur die Sozialdemokratie inhaltsleer machte, sondern auch für das „Absandeln“ Österreichs hauptsächlich verantwortlich ist. Österreich hat nahezu in allen relevanten Bereichen eine bessere Position zugunsten einer schlechteren getauscht: Von der Bildung bis hin zum einst so gepriesenen Sozial- und Gesundheitssystem, die ÖVP hat Österreich mir ihrer rückwärtsgewandten Klientelpolitik nicht nach vorn gebracht.

Alles ÖVP

Die ÖVP stellt seit 30 Jahren den Außen- und Wirtschaftsminister und seit dem Jahr 2000 sind ÖVP-Minister für die Finanzen, Inneres und die Wissenschaft hauptverantwortlich. Am Vermächtnis von der ÖVP-geführten Koalition mit der FPÖ haben sogar unsere Kindeskindestinder noch etwas davon, Stichwort Hypo Alpe-Adria und Eurofighter. Aber auch die Gerichte hätten weniger Arbeit. Und jetzt kommt ein zugegeben talentierter junger Politiker daher, der rund die Hälfte seines Lebens in dieser ÖVP verbrachte, und hat ob der politischen Situation scheinbar alle Trümpfe in der Hand.

Das Langzeitgedächtnis ist beim Souverän bekanntlich schlechter ausgeprägt als das „Kurz“-Zeitgedächtnis.

Die SPÖ ist ob der FPÖ-Doktrin zwar immer bei den moralischen Siegern gewesen, selten aber bei den politischen Gewinnern, denn die SPÖ hat ihre Wählergruppen am Koalitionssaltar mit der ÖVP geopfert.

Gerade in der Kernkompetenz, der Sozialpolitik, sind der SPÖ schwere Vorwürfe zu machen: Die Reichen wurden immer reicher und die Armen immer ärmer, so kann man das politische Versagen etwa auf den Punkt bringen. Auf derartige Argumente geben jene, die nach wie vor die FPÖ-Doktrin beibehalten wollen, keine Antworten. Sie träumen offenbar noch immer von einer absoluten Mehrheit à la Kreisky oder von einer Koalition mit den Neos und Grünen.



Von Hans Niessl lernen heißt siegen lernen? Bundeskanzler Christian Kern will mit der SPÖ eine möglichst hohe Latte überspringen. Ob das noch einmal für die Regierungsspitze reicht? Kommt auf den Partner an.

Foto: APA

Ziemlich unrealistisch nach derzeitigem Stand. Wenn die SPÖ von den Wählern bei der nächsten Nationalratswahl wahr- und ernst genommen werden will, dann muss sie einerseits Mindeststandards wie zum Beispiel vermögensbezogene Steuern und gerechte Löhne und Transferleistungen definieren. Andererseits muss sie diese Inhalte umsetzen, das Darüberreden ist zu wenig und verursacht nur mehr Magenschmerzen.

Chance nützen

Wenn es dann letztlich mit der FPÖ möglich sein würde, diese notwendigen Inhalte umzusetzen, nichts Gravierendes dagegen spricht, dann muss die SPÖ diese Chance nützen. Sollte es keine Partei geben, mit der diese Inhalte umgesetzt werden können, dann bleibt der aufrechte Gang auf die Oppositionsbank. Nur so erhält die Sozialdemokratie ihre Glaubwürdigkeit zurück, das wäre doch moralisch genug?

Letztlich wäre es nur fair und wohl auch strategischer günstig, wenn die SPÖ noch vor den Wahlen eine klare Aussage über ihr Vorhaben nach der Wahl tätigt, denn die Menschen wollen dieses Taktieren nicht mehr.

Tut sie das nicht, dann verschreckt sie jene potenziellen Wähler, die sich eine Koalition mit allen im Parlament vertretenen

Parteien vorstellen können, also auch mit der FPÖ. Sie schreckt aber auch jene Wähler ab, die auf keinen Fall eine Zusammenarbeit mit der FPÖ wollen.

Nicht ohne Schmerzen

Es liegt ausschließlich an der SPÖ, auf diese Fragen noch vor den Nationalratswahlen am 15.

Oktober 2017 die entsprechenden Antworten zu geben. Ohne Schmerzen wird das natürlich nicht gehen.

ROLAND FÜRST ist SPÖ-Funktionär im Burgenland und Politikwissenschaftler. Er ist zudem Studiengangsleiter des Fachhochschul-Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit in Eisenstadt.

Die Justiz muss sich erklären!

Anmerkungen zu Höchstrichter Clemens Jabloner

Patrick Minar

In der sehr lesenswerten Schwerpunktausgabe des STANDARD zum Thema „Wahrheit“ vom vorvergangenen Wochenende ist im Interview mit dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs, Clemens Jabloner, eine bemerkenswerte Aussage enthalten, die nicht unwidersprochen bleiben sollte.

Zur Frage der Erklärung juristischer Denkmuster sagt er: „Das Gericht kann in der Öffentlichkeit nicht mehr sagen, als es im Urteil äußert. Die Justiz muss so akzeptiert werden, wie sie ist. Man kann Gerichte nicht zwingen, ihre Urteile öffentlich zu rechtfertigen.“ Eine fatale Haltung eines Höchstgerichtspräsidenten. Die Akzeptanz der Justiz in der Bevölkerung ist ein zentraler Punkt für das Funktionieren des Rechtsstaates. Nur wenn juristische Vorgänge verstanden und nachvollzogen werden können, wird der Justiz jene Glaubwürdigkeit zuteil, die sie braucht, um als Staatsgewalt akzeptiert zu werden.

Ureigenes Interesse

Somit sollte es im ureigenen Interesse der Justiz liegen, ihre Entscheidungen so gut wie nur irgendwie möglich zu erklären. Insbesondere bei medienwirksamen Korruptionscausen, eventuell noch mit politischen Implikationen, steht der österreichische Rechtsstaat unter besonderer Beobachtung. Auf diesem speziellen Prüfstand wäre es von essenzieller Bedeutung, Mechanismen und Strukturen zu entwickeln, die Verständnis entstehen lassen können, warum eine Gerichtsentscheidung so und nicht anders ausgefallen ist.

Das bedarf jedoch einer grundlegend anderen inneren Haltung, als jene, die Jabloner vertritt. Zu hoffen, dass die Justiz so akzeptiert wird, wie sie ist, ist jedenfalls ein Irrweg. Unlesbare Urteile, nicht verständliche Urteilsbegründungen oder simple Kommunikationsverweigerung von Justizvertretern zeigen jedoch, dass Jabloner mit seiner Haltung nicht allein ist.

Sehr oft passiert es, dass Journalisten und damit die Öffentlichkeit ganz allein gelassen und ratlos zurückgelassen werden mit ihren Versuchen nachzuvollziehen, was gerade bei Gericht passiert ist oder warum man genau zu diesem Urteil gekommen ist. Diese vielfach vorhandene Abneigung, sich mitzuteilen, steht auch in radikalem Widerspruch zum oft wahrzunehmenden Lamento der Justiz, dass ihre Arbeit nicht verstanden und wertgeschätzt wird.

Dass die nachvollziehbare Erläuterung juristischer Vorgänge zwar nicht einfach, aber gut möglich ist, zeigen einzelne Mediensprecher, die jedoch in der Minderheit sind, bzw. zahlreiche Beispiele aus dem Ausland, wo gut ausgebildete Gerichtssprecher unmittelbar nach Verhandlungen einer interessierten Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen und die Interpretation nicht den Medien allein überlassen. Solange jedoch Höchstrichter der Meinung sind, man könne nicht mehr sagen, als im Urteil steht, und das müsse man halt akzeptieren, ist eine Verbesserung der Akzeptanz der Justiz wohl nur schwierig erreichbar.

PATRICK MINAR (39) ist Gründer und Partner einer auf Litigation-PR spezialisierten Kommunikationsagentur mit Sitz in Wien und London.



Roland Fürst: Die SPÖ war immer Sieger – moralisch.

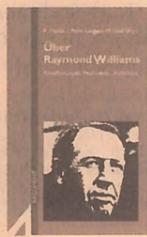
Foto: privat

DAS AKTUELLE BUCH

Kultur als politische Botschaft

Die Cultural Studies, um die es in den vergangenen Jahren etwas stiller geworden ist, hatten in dem Kulturtheoretiker Raymond Williams (1921–1988) einen politisch denkenden Vertreter. In seinen Arbeiten wandte er sich gegen eine zunehmend geisteswissenschaftliche Konzentration auf beliebige Alltagsphänomene, er plädierte für einen umfassenden Begriff von Kultur als politischer Kraft – und vice versa.

Diese kritische Haltung will ein Herausgebertrio von der Universität Wien und der Universität für angewandte Kunst Wien wieder ins Gedächtnis rufen. Über Raymond Williams versammelt Beiträge bezüglich seiner Theorie, seiner Auseinandersetzungen mit Denkern wie Antonio Gramsci und Michel Foucault, seines Erzählwerks – er war zwar Professor in Cambridge und auf Stanford, sah sich aber eher als Autor denn als Akademiker – und seiner illustrierten Analyse der Medien: Heute wäre er ein Blogger, Twitteraner und Youtuber, heißt es an einer Stelle.



Roman Horak, Ingo Pohn-Lauggas, Monika Seidl (Herausgeber), „Über Raymond Williams. Annäherungen. Positionen. Ausblicke“. € 19,80 / 288 Seiten. Argument, Hamburg 2017